



An Herrn
Bundesaußenminister
Heiko Maas
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Antwort an:
Thomas Küchenmeister
Facing Finance
Schönhauser Allee, 141, Hinterhaus 2,
Berlin, Germany, 10437
Phone: +49 (0) 30 32661681
kuechenmeister@facing-finance.org
<http://www.killer-roboter-stoppen.de/>
Sprecher Stop Killer Robots in Deutschland

Berlin, den 10.3.2019

Sehr geehrter Herr Außenminister,

mit großem Interesse haben wir Ihre Ankündigung vernommen, Sorge tragen zu wollen, „...dass völkerrechtliche Standards mit der Entwicklung hochmoderner Waffenarten Schritt halten...“. Sie haben dies in einer Rede vor den Vereinten Nationen mit dem Aufruf verbunden, Ihrer Initiative für eine Ächtung vollautonomer Waffen zu folgen, bevor es zu spät ist.

Auch wir, die Unterzeichner*innen dieses Briefes, beobachten mit großer Sorge die bereits seit einigen Jahren im Militärbereich stattfindende Automatisierung sowie Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) und eine sich damit verändernde Kriegsführung. Auch wenn autonome Waffen noch nicht vollständig entwickelt sind, werden (teil-)autonome Waffen bereits in Kriegen getestet und an Grenzen eingesetzt.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes bewertet Waffensysteme ohne menschliche Steuerung als Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Vollautonome Waffen, sogenannte „Killer Robots“, müssten nicht nur in ausreichendem Maße zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheiden, sondern auch den Effekt eines jeden möglichen Waffeneinsatzes im Voraus berechnen oder zusätzlich zur Ziel- und Waffenauswahl Abwägungsentscheidungen treffen, bei denen der erwartete militärische Vorteil in Relation zu möglichen zivilen Opfern gesetzt wird. Darüber hinaus schreibt das völkerrechtlich verankerte Prinzip der Verantwortlichkeit fest, dass alle Mitglieder der Streitkräfte zu jeder Zeit und unter allen Umständen dazu verpflichtet sind, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Alles in allem eine für Roboter wohl kaum zu überwindende Hürde.

Wir begrüßen deshalb die Ankündigung des deutschen Cyberkommandos, keine autonomen Waffen zu erwerben, sowie die Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung vom Dezember 2013 und Februar 2018, die sich für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aussprechen, die der Verfügung des Menschen entzogen sind. Der Aufruf des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) an die Bundesregierung sich für ein verbindliches Verbot von autonomen

Waffensystemen einzusetzen, ist zudem ein Schritt in die richtige Richtung. Ebenso betrachten wir mit Wohlwollen das langfristige Ziel der SPD-Bundestagsfraktion, ein internationales, völkerrechtliches Verbot letaler autonomer Waffensysteme zu fordern. Die rasante technologische Weiterentwicklung im Bereich künstlicher Intelligenz und autonomer Waffen erfordert aber ein unverzügliches Handeln.

Mit Sorge erfüllt uns auch, dass Deutschland zusammen mit Frankreich auf VN-Ebene (GGE / Group of Governmental Experts im CCW-Übereinkommen) gegenwärtig lediglich eine unverbindliche, politische Absichtserklärung für den Umgang mit autonomen Waffen vorschlägt. Dies steht unserer Auffassung nach in einem signifikanten Widerspruch zum Koalitionsvertrag und ist wahrscheinlich nicht geeignet, die USA, Russland oder Israel in Bemühungen um eine Ächtung einzu beziehen.

Für ein präventives Verbot autonomer Waffen hingegen votieren derzeit 28 Mitgliedstaaten der VN-Waffenkonvention. Eine überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten fordert zudem die Aufnahme von Verhandlungen zur Regulierung von autonomen Waffensystemen. Deutschland unterstützt diese Vorschläge bisher nicht. Auch dies steht unserer Auffassung nach im Widerspruch zum Koalitionsvertrag, der einen Einsatz für eine „...völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme...“ vertraglich zusagt.

Wir sind zudem besorgt über die Ausgestaltung der deutsch/französischen Kooperation in Bezug auf KI-Forschung und Rüstung. Wie Sie wissen, wendet Frankreich erhebliche Mittel für die Integration von KI in Waffensystemen auf, und deutsch/französische Unternehmen arbeiten bereits an (teil-) autonomen Systemen bzw. testen Schwarmtechnologien, zur Unterstützung von gemeinsamen, zukünftigen Kampfflugzeugen.

Wir möchten Sie dazu ermutigen, die bevorstehende Konferenz „2019. Capturing Technology. Rethinking Arms Control“ am 15. März in Berlin zum Anlass zu nehmen, in Bezug auf autonome Waffensysteme eine Neuorientierung der deutschen Abrüstungspolitik vorzunehmen, begleitet von einem nationalen Moratorium für diese Waffen, bis ein völkerrechtlich rechtsverbindliches Instrument dafür vereinbart ist.

Wenn es uns nicht gelingt, autonome Waffensysteme zu verbieten, dann werden diese Waffen zu einem Verlust an menschlicher Steuerung von Kriegshandlungen führen, die Hemmschwelle für militärische Konflikte senken, die Kriegsführung erheblich beschleunigen, die Opferzahlen erhöhen, das Eskalationsrisiko steigern und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts erschweren bzw. unmöglich machen.

Wir erwarten ein klares Bekenntnis der amtierenden Bundesregierung zu der im Koalitionsvertrag zugesagten globalen Ächtung autonomer Waffensysteme und rufen die Bundesregierung dazu auf, sich im Rahmen der Expertengespräche der Vereinten Nationen in Genf explizit für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen auszusprechen bzw. Verhandlungen über einen verbindlichen Verbot einzufordern, so wie es zuletzt 28 Staaten, inklusive dem Vatikan, der VN-Generalsekretär António Guterres, tausende Wissenschaftler*innen und Ingenieure und das Europaparlament getan haben.

Unterstützen Sie damit auch die zivilgesellschaftliche Verbotsforderung von autonomen Waffensystemen der von Human Rights Watch koordinierten, internationalen Kampagne „Stop Killer Robots“, der auch wir, die Unterzeichnenden, uns anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Küchenmeister
Geschäftsführender Vorstand
Facing Finance

Wenzel Michalski
Director
Human Rights Watch Deutschland

Dr. Klaus Seitz
Abteilungsleitung Politik
Brot für die Welt

Pirmin Spiegel
Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender
des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR

Martin Kaiser
Geschäftsführer
Greenpeace

Dr. Jürgen Altmann
Vice-Chair International Committee for Robot
Arms Control (ICRAC)

Nina Bernarding
Deputy Germany Director
Centre for Feminist Foreign Policy

Marion Lieser
Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende
Oxfam Deutschland

Irmgard Hofer
Vorsitzende Internationale Frauenliga
für Frieden und Freiheit (IFFF / WILPF)

Heffa Schücking
Direktorin
Urgewald

Albert Recknagel
Vorstandssprecher
terre des hommes Deutschland

Michael Schulze von Glaßer
Politischer Geschäftsführer
Deutsche Friedensgesellschaft –
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)